

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postämter. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rantke, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate: Die viertelspaltige Nonpareilzeile ober deren Raum 4 Mk.
Arbeitsvermittlungen 2 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

Mehr Unfallschutz!

Für den Schutz der Arbeiter vor den Berufsgefahren enthalten die in Deutschland geltenden Gesetze eine ganze Reihe von Bestimmungen. Die Gewerbeordnung legt den Betriebsunternehmern die allgemeine Verpflichtung auf, die Betriebe so einzurichten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Andere Bestimmungen der Gewerbeordnung ermächtigen die Reichsregierungen, die Landesregierungen und die Polizeiverwaltungen, nach besondere Vorschriften zu erlassen. Daneben besteht die Unfallversicherung, und die Berufsgenossenschaften sind nach der Reichsversicherungsordnung verpflichtet, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und deren Durchführung zu überwachen.

In der Theorie ist also für die Unfallsicherheit der Betriebe sehr reichlich gesorgt; in der Praxis sieht es aber damit leider ganz anders aus. Die Jahresberichte der Träger der Unfallversicherung geben Kunde von großen Mengen vorgetommener Unfälle, und die Berichte der Gewerbeinspektoren sind eine Bestätigung der Tatsache, daß der Unfallschutz außerst mangelhaft ist, und daß sehr viele Unfälle vorzukommen, die vermeidbar gewesen wären. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß die Unfallverhütungsvorschriften nicht ausreichen, und daß insbesondere auch die geltenden Vorschriften nur unvollkommen beachtet werden.

Das ist aber auch kein Wunder, sagt doch die Berufsaufsichtigung der Betriebe alles zu wünschen übrig. In diese Aufsichtstätigkeit teilen sich die Gewerbeinspektoren und die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften. Die ersteren sind staatliche Organe, deren Aufgabe in der Wahrnehmung des Arbeiterschutzes im weiteren Sinne, also nicht nur im Hinblick auf die Unfallsicherheit der Betriebe, besteht. Für die Aufsicht der Berufsgenossenschaften sind Organe dieser Selbstverwaltungskörper, und sie haben die Aufgabe, deren Interessen gegenüber ihren einzelnen Mitgliedern wahrzunehmen. Sie haben insbesondere die Zurechnung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Deren Mängelhaftigkeit ist die Unfallgefahr, und je höher die Zahl der Unfälle, je schwerer ihre Folgen, desto größer sind die Aufwendungen, und desto höher müssen die im Umlageverfahren erhobenen Beiträge der Mitglieder bemessen werden. Die Berufsgenossenschaft hat also in erster Linie ein finanzielles Interesse an der Bekämpfung der Unfälle. Im Effekt führt das aber zum Schutz der gesunden Glieder der Arbeiter. Deshalb haben auch die Arbeiter keine Veranlassung, die auf die Unfallverhütung gerichteten Bestrebungen der Berufsgenossenschaften zu bekämpfen.

Von der Tätigkeit der Berufsgenossenschaften im ganzen sind wir freilich wenig begeistert. Das Misstrauen, das wir ihnen entgegenbringen, ist auch leicht begreiflich. Die Berufsgenossenschaften sind Zwangsorganisationen der Unternehmer zur gemeinsamen Tragung der finanziellen Lasten, die aus den Folgen der Unfälle den Unternehmern erwachsen, die gelegentlich dafür einzustehen haben. Die Berufsgenossenschaft hat das natürliche Streben, möglichst billig zu arbeiten. Das wird sie um so vollkommenere erreichen, je weniger Unfälle vorkommen. Sie erläßt also Unfallverhütungsvorschriften, um die Unfälle einzudämmen. Dabei muß sie aber auch Rücksicht auf ihre Mitglieder, die Unternehmer, nehmen. Auch sie wollen an den Lasten der Unfallversicherung möglichst leicht tragen. Müssen Schutzmaßnahmen getroffen werden, die viel Geld kosten, dann taucht leicht die Frage auf, ob es nicht billiger ist, darauf zu verzichten und lieber eine höhere Umlage zu zahlen oder von deren allenfalls möglichen Ermäßigung Abstand zu nehmen.

Dieses finanzielle Interesse, das sie in erster Linie verfolgen, kommt vielleicht den Organen der Berufsgenossenschaft gar nicht deutlich zum Bewußtsein, aber es ist vorhanden und für den unvoreingenommenen Beobachter leicht erkennbar. Es äußert sich unter anderem auch in der Überwachung der Betriebe. Die Einstellung einer ausreichenden Zahl von Aufsichtsbeamten kostet Geld. Man läßt also daran große Zurückhaltung, weil man kalkuliert, daß die Ersparnisse, die man durch Verminderung der Unfälle erzielen könnte, doch wohl durch die Aufwendungen für die erforderliche Zahl von Aufsichtsbeamten wettgemacht werden.

Arbeiter, die durch langjährige Praxis die Eigenheiten des Berufs, seine besonderen Gefahren und die Methoden kennen, mittels deren die Aufsichtsberechtigten bei ihrer Tätigkeit gefahrlos zu werden pflegen, wären wertvolle Helfer im Dienste der Betriebsüberwachung. Sie könnten den Inspektoren und den technischen Aufsichtsbeamten eine sehr nützliche Unterstützung leisten. Von der Anstellung solcher, aus der Praxis hervorgegangenen Hilfskräfte im Aufsichtsdienst weiß man aber nichts. Die Berufsgenossenschaften wissen. Einmal aus abgesehen von der Ersparnis, die man durch die Vermeidung von Unfällen erzielt, dann aber auch, weil doch die Berufsgenossenschaften Organisationsorgane der Unternehmer sind, daß es unangenehm empfinden könnten, wenn ihre Betriebe der Aufsicht von Beamten unterstellt wären, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind.

Dieses letztere Bedenken spielt bei der Anstellung von Arbeitern im Gewerbeaufsichtsdienst auch eine gewisse Rolle. Hier ist es aber weniger ausschlaggebend.

Aber die Schaffung entsprechender Stellen entscheidet hier die Landesgesetzgebung, und die Anstellung erfolgt durch die staatlichen Behörden. Es sind also keine reinen Unternehmerorgane, die darüber zu entscheiden haben. Das erklärt es, daß in der Gewerbeinspektion immerhin schon eine Anzahl aus dem Arbeiterstand hervorgegangener Beamten beschäftigt wird. Allerdings ist deren Zahl, wie die der Gewerbeaufsichtsbeamten überhaupt, bei weitem noch nicht ausreichend. Aber auch hier spielt der Kostenpunkt eine Rolle. Bei der herrschenden Geldknappheit wird der Ausbau der Gewerbeinspektion an den maßgebenden Stellen für minder wichtig erachtet.

Nun will die Regierung von den Befugnissen, die ihr die Gewerbeordnung gibt, einen größeren Gebrauch machen und besondere Unfallverhütungsvorschriften für einzelne Gewerbebezüge erlassen. Es lag nahe, hierbei die Holzindustrie in erster Linie zu berücksichtigen, da hier die Zahl der Unfälle ganz besonders groß ist. Das Reichsarbeitsministerium hat den Entwurf für eine Verordnung auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung ausgearbeitet und ihn am 1. September v. J. einem Kreis von Interessenten zur Begutachtung vorgelegt. Auf Grund der dort geäußerten Ansprache hat das Ministerium einen neuen Entwurf verfaßt, der am 11. und 12. März Gegenstand der Verhandlung in einem Kreis von Interessenten war, der noch weiter gefaßt wurde als bei der Besprechung am 1. September.

Die Stellung der Arbeiterschaft zu der Angelegenheit ist klar. Wir geben uns keinen überschwenglichen Hoffnungen hin. Der Ausbau der Unfallverhütung ist lebhaft zu begrüßen. Aber nicht das ist ausschlaggebend, was auf dem Papier steht, viel wichtiger noch ist die energische Durchführung der einmal erlassenen Vorschriften. Wir begrüßen die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums aus zwei Gründen. Einmal, weil die geplanten Vorschriften weiter gehen als das, was bisher auf diesem Gebiet existiert, dann aber vor allem, weil es sich um eine Verordnung auf Grund der Gewerbeordnung handelt. Das besagt nämlich, daß für ihre Durchführung in weit höherem Maße Gewähr geleistet ist als für die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften.

Aber Einzelheiten der Verordnung wird noch zu reden sein. Unsere Kollegen müssen Wert darauf legen, daß die Vorschriften möglichst präzise gefaßt und daß für Ausnahmen und Dispensationen möglichst wenig Raum gelassen wird. Ist erst die Verordnung rechtsgültig erlassen, dann wird es unsere Aufgabe sein müssen, darauf zu drängen, daß die erforderlichen Maßnahmen für ihre Durchführung und die wirksame Überwachung ihrer Befolgung getroffen werden.

Das was die Verordnung den Arbeitern sympatisch macht, ist bei den Unternehmern die entgegengesetzte Wirkung aus. Da sind zunächst die Vertreter der Berufsgenossenschaften, die den Unfallschutz als ihre eigentliche Domäne betrachten und sich vom Arbeitsministerium nicht ins Handwerk puschen lassen wollen. So schäken sie nämlich den Entwurf ein. Die Berufsgenossenschaften haben sich angeßichts der Nähe der Regierung zusammengetan und ihre Unfallverhütungsvorschriften revidiert und in Übereinstimmung gebracht. Dabei soll es sein Bewenden haben; die Regierung soll ihnen durch eine Verordnung ihre Kreise nicht stören.

In die gleiche Kerbe wie die Vertreter der Berufsgenossenschaften haben natürlich auch die Vertreter der Unternehmer. Diese sind auch jenen gegenüber, insofern im Vorteil, als sie die wahren Gründe, mit denen sie einen wirksamen Unfallschutz bekämpfen, nicht so sorgsam verbergen können. Sie erklären auch offen, daß die Durchführung der Forderungen, die in dem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums enthalten sind, mehr Geld kosten würde, als ihnen der Arbeiterschutz wert sei. Deshalb lehnen sie ihn ab. Das Verbot der Altkarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, wofür der Entwurf übrigens Ausnahmen vorsieht, würde den Profit der Unternehmer schmälern, und der ist doch wertvoller als die gesunden Glieder der Arbeiter. Staudablaugung an den Holzbearbeitungsmaschinen? Ein unerhörtes Verlangen. So waren die Äußerungen der Unternehmer fast durchgehend zu allen vorgelegenen Bestimmungen.

Mit besonderem Eifer ging der vom Sägewerksverband entsandte junge Mann ins Geschicht. Er lang mit vollen Händen das hohe Lied von der Opferwilligkeit der Sägewerksbesitzer, deren Profite doch sprichwörtlich sind. Die Vorlage des Arbeitsministeriums bekämpfte er grundtätig, aber aus seinen Worten konnte man deutlich heraushören, daß er sich schließlich damit abfinden könnte, wenn die Verordnung nur für die weitergearbeitende Holzindustrie gelten sollte. Aber für die Sägewerksindustrie, nein! Den reichen Sägewerksbesitzern soll man doch nicht zuraten, ihre Gewinne durch Maßnahmen für so unproduktive Zwecke, wie den Arbeiterschutz, zu schmälern. Damit der dieser ersten Sache auch der Dummer nicht feble, verfaßt der Wortführer der Sägewerksbesitzer die Auffassung, daß die Unfallgefahr in den Sägewerken überhaupt nicht erheblich sei. Dabei ist es notorisch, daß die Sägewerke die höchste Unfallhäufigkeit unter allen Untergruppen der Holzindustrie haben.

Noch in die Mäht des Reichsarbeitsministeriums, durch den Erlaß einer Reichsverordnung der Unfallgefahr in der

Holzindustrie entgegenzuwirken, nicht verwirklicht. Dieser Verordnung drohen noch ernste Gefahren. Der ganze Seetebann des Unterneuertums ist dagegen mobilgemacht, und mit großem Eifer rennen die Berufsgenossenschaften gegen den Plan des Arbeitsministeriums an. Es ist Zeit, daß sich auch die Arbeiter äußern. Unsere Maschinenarbeiter sind die Mähtbeteiligten. Um ihre gesunden Glieder, um ihr Leben und ihre Gesundheit geht es. Das ist ein Objekt, das wohl der Mühe wert ist, daß man sich darum kümmert. Die Holzarbeiter, und besonders die Maschinenarbeiter, müssen zu der geplanten Verordnung Stellung nehmen. Laut und deutlich müssen sie ihren Willen verkünden, aber auch dafür sorgen, daß ihre Stimme an der rechten Stelle gehört werde. Die Unternehmer kennen die Vorder- und Hintertreppen, die begangen werden, um einen bestimmten Zweck zu erreichen. Unsere Kollegen müssen sich an der rechten Stelle Gehör verschaffen; die große Öffentlichkeit muß wieder mehr als bisher für die Gefahren der Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen interessiert werden.

Wenn die geplante Verordnung Gesetzkraft erlangt, ist damit das Ziel der Maschinenarbeiter bei weitem nicht erreicht. Dann erst recht werden sie den Kampf gegen die Unfallgefahren führen müssen. Aber dieser Kampf wird ihnen wesentlich erleichtert, wenn es ihnen gelingt, die Widerstände gegen den Erlaß der Verordnung zu überwinden. Gutes will uns vor unangebrachtem Überschwang, aber auch vor der Wirklichkeit eines Fortschritts, weil er nicht alles bringt, was wir erstreben. Wir wollen wieder einen Schritt vorwärts tun zur Bekämpfung der Unfallgefahren in der Holzindustrie.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Alle Berichte stimmen darin überein, daß die Wirtschaftslage im Monat Februar eine weitere Verschlechterung erfahren hat. Die Zahl der Konturte ist erheblich angewachsen, und die Arbeitslosigkeit hat einen größeren Umfang angenommen. Die Ergebnisse der öffentlichen Erwerbslosen für 1920 liegen jetzt nur bis zum 1. Februar vor. Hier nach ist im Laufe des Monats Januar gestiegen: Die Zahl der männlichen Unterstüßungsempfänger von 334 565 auf 356 785, die der weiblichen von 75 363 auf 75 533. Das ist eine Steigerung der Zahl der Vollerwerbslosen von 409 928 auf 432 318. Dazu kommen die unterstützten Familienangehörigen, deren Zahl von 457 163 auf 495 284 gestiegen ist. Entsprechend der Steigerung dieser Zahlen ist auch die Summe der ausbezahlten Unterstüßungen von 108 987 133 Mk. im Dezember auf 113 135 242 Mk. im Januar gestiegen. Von der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs kamen am 1. Februar auf je 1000 Einwohner 15,5 unterstützte Erwerbslose und ihre Angehörigen. Die Berichte der Erwerbslosenfürsorge geben aber nur ein sehr unvollkommenes Bild von dem Umfang der Arbeitslosigkeit. Aus den Berichten über den Andrang an den Arbeitsnachweisen kann man schließen, daß die wirkliche Zahl der Arbeitslosen zwei- bis dreimal so groß ist wie die von der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge erfaßten. Dabei ist aber die sehr große Zahl von Kurzarbeitern noch nicht berücksichtigt.

Unter dem Dandierliegen der Wirtschaft leidet auch die Holzindustrie. Fast aus allen Zweigen des Gewerbes lauten die Berichte ungünstig. Die von unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstaltete monatliche Erhebung über den Beschäftigungsgrad erstreckt sich auf eine Anzahl typischer Großbetriebe der einzelnen Berufszweige. Die Angaben beziehen sich nur auf diese Betriebe, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Aufnahme von Stichproben genügt, um sich ein Bild von der Geschäftslage im ganzen zu machen. An der Erhebung für den Monat Februar waren 152 Betriebe beteiligt. Über die Verhältnisse in den einzelnen Berufszweigen unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Berufszweig	Beschäftigte im Februar 1921	Zunahme oder Abnahme				Verhältnis zum Januar 1921			
		absolut	prozent	absolut	prozent	absolut	prozent	absolut	prozent
Möbel	3587	127	3,5	2413	67	15	2,7	16	2,1
Fuß- und Möbel	10 1888	29	0,3	315	3	8	0,3	347	3
Eiserne Möbel	2 535	—	—	—	—	—	—	—	—
Vorwärmel	3 346	2	—	503	—	—	—	73	—
Fuß	4 546	10	—	214	—	—	—	243	—
Stühle	11 120	15	0,1	11	0,1	134	1,2	—	—
Pianos u. Flügel	19 3881	48	0,3	114	0,6	18	0,1	2002	1,7
Orgel- u. Klavier	4 018	154	3,7	261	—	11	0,4	68	2
Flügel u. Klavier	13 3191	19	0,1	746	5,4	367	2,8	1387	10
Flügel	4 023	40	—	—	—	—	—	—	—
Vertikal	7 2058	5	0,07	317	4,4	221	3	1521	21
Sägewerke	15 2191	81	0,4	103	0,5	124	0,6	66	0,3
Waggons	4 6707	49	0,1	74	0,1	—	—	—	—
Gez. u. Kisten	3 134	15	0,5	—	—	—	—	—	—
Automobile	3 253	8	0,3	—	—	—	—	—	—
Reparatur	8 1148	6	0,1	534	4,7	—	—	—	—
Zusammen	151 049	597	0,4	1478	1,0	3564	2,4	1518	1,0
Im Vormonat	150 452	441	0,3	1321	0,9	3287	2,2	1388	0,9

bewiesen worden ist, werden sie immer aufs neue wieder vorgebracht.

Auch Unternehmer selber haben wiederholt nachgewiesen, daß der Achtstundentag der Volkswirtschaft nicht schadet, ihr vielmehr nützt. Ein Stuttgarter Großindustrieller, Robert Koch, ein Mann, der nicht nur über volkswirtschaftliche Kenntnisse, sondern auch über eine vieljährige Erfahrung als Unternehmer verfügt, tritt auch jetzt wieder mit großer Entschiedenheit für die Beibehaltung des Achtstundentages ein. In der Weltzeitung seines Vaterlandes schreibt Herr Bosch:

„Die Arbeit in Fabriken, und besonders die an Maschinen, welche die fortgeschrittene Industrie der Arbeiter erfordert, ist so beschaffen, daß der Wunsch des Fabrikarbeiters, die Arbeitszeit möglichst abzukürzen, begreiflich ist.“

Unter diesen wir nun einmal einmal, ob die Bedenken, die der Einführung des Achtstundentages an sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus entgegengehalten werden, berechtigt sind oder nicht der Achtstundentag gerade aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht, wenn nicht gar erforderlich ist.

Es ist vor allem und grundsätzlich zu sagen, daß es volkswirtschaftlich günstiger wirkt, wenn ein Mensch die in ihm liegende Arbeitskraft in kürzerer Zeit ausübt, als wenn er dazu eine längere Zeit braucht, sofern er mit tagelanger seiner Arbeitskraft, über die er jeden Morgen verfügt, tatsächlich auch ausübt. Und zwar wirkt es deshalb günstiger, weil jede Warenherstellung um so wirtschaftlicher wird, je kürzerer Zeit eine gewisse Menge der Waren hergestellt wird, denn mit einer Verbesserung des Wirkungsgrades werden die Betriebskosten geringer. Andererseits ist aber auch derjenige Arbeiter, der in der kürzeren Zeit in zusammengefaßter Weise die ihm auf die Dauer das heißt monatlich und jahrelang mögliche Arbeitsleistung vollbringt, nach Schluß seiner Arbeitszeit früher wieder ausgeruht als der, welcher sich zu seiner Arbeitsleistung längere Zeit genommen hat. Mer die kürzere Arbeitszeit hat, erholt sich aber nicht nur rascher, sondern es bleibt ihm zudem auch noch mehr Zeit für Erholung und Muße übrig.

Für rein körperliche Arbeitsleistungen ist somit die kürzere Arbeitszeit vorteilhafter, und wenn man, was möglich und beweisbar ist, in dieser kürzeren Zeit dieselbe Verrichtung wie vorher bei längerer Arbeitsdauer erzeugen kann, so ist die kürzere Arbeitszeit auch aus ökonomischer und sozialer Hinsicht vorteilhafter; denn die Betriebskosten eines Fabrikbetriebes nehmen, wie schon gesagt wurde, mit der Verkürzung der Betriebszeit ab. Wo es gilt, Betriebskosten möglichst ausgiebig auszunutzen, wird man dies demnach nicht mit längerer Arbeitszeit, sondern durch Arbeiten in Schichten zu erreichen suchen. Auch darf nicht vergessen werden, daß ein Mensch, der längere Zeit zu seiner Erholung verwenden kann, der sich gut erholt hat, an sich fröhlicher seine Arbeit verrichtet, mehr mit den Gedanken dabei ist und somit Besseres leistet.

Es ist also volkswirtschaftlich vorteilhafter, wenn in kürzerer Arbeitszeit eine Höchstleistung erzielt werden kann, und zwar vorteilhafter, ebenmäßig für den einzelnen Arbeiter als auch für das Volksganze. Soweit dürfte mit jeder Überlegung jedermann einverstanden sein. Zweifel könnten erhoben werden, ob der Mensch etwa in acht Stunden seine Arbeitskraft auch tatsächlich ausgeben, ob er nicht doch in längerer Zeit mehr leisten kann.

Es ist zunächst wohl wieder nicht zu bestreiten, daß die Stundenzahl, die ein Mensch arbeitet, für die Menge der erzeugten Ware nicht allein maßgebend ist, es kommt auch und zwar in gleichem Maße, die Schnelligkeit und Aufmerksamkeit (die Intensität) in Betracht, mit der gearbeitet wird. Es ist nun zwar nicht allen Menschen gegeben, mit derselben Aufmerksamkeit und Ausdauer zu arbeiten, aber mit anderen Worten: die gleiche Arbeit wird nicht von allen Menschen in der gleichen Zeit bewältigt, wie überhaupt auch nicht in jedem Menschen zu jeder Zeit dieselbe Arbeitsfähigkeit herrscht. Wohl aber hat die Erfahrung gezeigt, daß ein Mensch in seinem Alter, das in Friedenszeiten jedes Jahr während einiger Monate ein oder zwei Stunden länger als acht Stunden, wie sonst gewohnt war, über Zeit arbeiten mußte, die erzeugte Gesamtwarenmenge bei der längeren Arbeitsdauer im Anfang wohl stieg, mit der Zeit aber sogar unter die Leistung der achtstündigen Arbeit herabsank und sich erst nach und nach wieder auf die Höhe der Leistung der achtstündigen Arbeit hob. Man sieht deshalb auch die allgemeine Ableitung der längeren Zeit ununterbrochen Überstunden werden, sondern ließ die Abteilungen abwechselungsweise über- und unterarbeiten.

Aus dieser Erfahrung darf somit angenommen werden, daß der Durchschnittsmensch in acht Stunden seine Tagesarbeit verrichten kann. Erfahrungen, die ich selber am Schluß des Monats letzten mich, daß ich in der längeren Arbeitszeit des Monats Tages um das mehr leistete, was ich am darauffolgenden Tag infolge der Überarbeit weniger fertigbrachte.

Die bisherigen Überlegungen haben also gezeigt, daß es volkswirtschaftlich und sozial vorteilhafter ist, den Durchschnittsmensch in acht Stunden eine Höchstleistung zu erzielen. Voraussetzungen hierfür ist allerdings, daß der Arbeiter die besten, heute möglichen technischen Einrichtungen zur Verfügung stehen und der ganze Betrieb auch sehr wirtschaftlich nach den durchdachten Grundrissen, organisiert und verwaltet ist. Falls dies nicht der Fall ist, so ist es immer noch Unternehmern geboten, die von einer solchen Wirtschaftsprüfung ihrer Betriebe nichts wissen wollen, weil sie sich zu dem erforderlichen Aufwand von Denkfähigkeit und Geld, um das noch nicht bezahlt werden würde, die Bequemlichkeit der Überstunden aus wirtschaftlichen Gründen nicht entschließen können und lieber im alten Stillschanden verharren.

Der Achtstundentag ist also volkswirtschaftlich nicht nur als eine Maßnahme, sondern er ist sogar wirtschaftlich. Hier als die früheren Arbeitszeiten, nämlich: „Ich will es gerne zugeben, daß die Wirtschaftlichkeit der achtstündigen Arbeit nicht zu bezweifeln ist, und daß die Wirtschaftlichkeit der achtstündigen Arbeit nicht zu bezweifeln ist, und daß die Wirtschaftlichkeit der achtstündigen Arbeit nicht zu bezweifeln ist.“

eine gewisse Anstrengung. Es ist deshalb wünschenswert, diese Arbeit möglichst rasch zu erledigen und den Aufenthalt in der Fabrik abzukürzen.

Alles bisher Gesagte bezieht sich lediglich auf die gewerbliche Tätigkeit in einem Werkstatt- oder Fabrikbetrieb. Es trifft ganz besonders zu auf solche Arbeiter, die sich bei ihrer Arbeitsleistung einer Maschine bedienen oder die sonstwie Maschinen- oder Zeilarbeit verrichten.

Herr Bosch führt dann weiter aus, daß ihm das Bedürfnis nach dem Achtstundentag für gewisse andere Betriebe, z. B. Bau- und Landwirtschaft, Gärtnerei, nicht so dringend, und daß es ihm hier richtiger zu sein scheint, durch gegenseitige Vereinbarung zu dem volkswirtschaftlich vernünftigeren 2400-Stunden-Arbeitsjahr für die Saisonarbeiter zu kommen. Er bedauert, daß es heute noch Unternehmern gibt, die glauben, nur bei einer längeren Arbeitszeit könne Deutschlands Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden.

Der Artikel des Herrn Bosch schließt: „In meinen Betrieben ist seit 1904 die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und seither auch beibehalten worden, mit Ausnahme der jahrelang für etwa zwei bis drei Monate nötigen Überzeitarbeit, bei der aber, wie oben schon gesagt wurde, abwechselungsweise immer nur kurze Zeit von den einzelnen Abteilungen länger als acht Stunden gearbeitet wurde. Auch in der Kriegszeit hat sich meine Firma erfolgreich gegen die von den Militärbehörden verlangte achtstündige Arbeitszeit mit wenig Ausnahmen auch im Krieg beibehalten, in der festen Überzeugung, daß mit verlängerter Arbeitszeit eine Mehrleistung auf die Dauer nicht zu erzielen sei.“

Die Beibehaltung des Achtstundentages in Industrie und Gewerbe ist nach meiner Überzeugung nicht nur eine Notwendigkeit, sie ist auch ein Segen für unser Volk. Und deshalb meine ich, wir sollten an dieser Errungenschaft festhalten.“

Den Ausführungen des Herrn Bosch noch etwas hinzuzufügen, ist nicht nötig. Wertvoll ist auch die Feststellung, daß der Achtstundentag nicht nur für die Industrie, sondern auch für das Gewerbe eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Scharmacher in Industrie und Handwerk werden sich durch die Ausführungen des Herrn Bosch freilich nicht bekehren lassen. Uns aber sind sie ein erneuter Ansporn, für den Achtstundentag entschieden einzutreten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 13. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig geworden.

Die Zahlstellen der Wahlabteilungen, in denen eine Stichwahl zum Verbandstag erforderlich ist, erhalten vom Verbandsvorstand entsprechende Nachricht. Die Ortsverwaltungen haben das Stattfinden der Stichwahl und das Wahllokal den Mitgliedern mindestens eine Woche vorher hinreichend bekanntzugeben.

Die Stichwahl hat in allen daran beteiligten Zahlstellen in der Woche vom 16. bis 18. April stattzufinden. Für die Wahlhandlung bei der Stichwahl gelten alle Vorschriften unserer Wahlordnung, die in Nummer 2 unserer Mitteilungen und in Nummer 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben ist.

Die Anträge zum Verbandstag sind spätestens bis zum 9. April an uns einzulenden, damit sie rechtzeitig von uns veröffentlicht werden können. Nach § 130 unseres Verbandsstatuts können nur solche Anträge Berücksichtigung finden, die in einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle vorbereitet worden sind. Jeder einzelne Antrag ist für sich auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben.

In allen Zahlstellen unseres Verbandes finden in der Woche vom 17. bis 25. April Versammlungen statt, die in erster Linie für Maschinenarbeiter und Säger bestimmt sind. In diesen Versammlungen soll für einen durchgreifenden Unfallschutz für die von schweren Unfallgefahren bedrohten Maschinenarbeiter und Säger demonstriert werden. Wir ermahnen die Mitglieder schon heute, sich recht zahlreich an den Versammlungen zu beteiligen.

Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Der Gantag in Hannover.

Zu dem am 20. März im Saale des Gewerkschaftshauses zu Hannover abgehaltenen Gantag hatten 59 Zahlstellen 87 Delegierte entsandt. Aus dem Geschäftsbericht, welchen die Gewerkschafter Kallmann und Ahlers gaben, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl in der Berichtsperiode von 9170 auf 25200 gestiegen ist. Neue Zahlstellen wurden 21 gegründet, so daß deren Zahl im Gau Hannover jetzt 60 beträgt. Außerdem sind in Münster und Holzminden mehrere Orte zu einer Bezirkszahlstelle zusammengelegt. Erreicht ist aus dem Bericht hervorzuheben, daß die rückständigen Gantage, Oberweser, Göttingen, Hameln, Lippe und die Nordhaverde in Münster-Osten, an diesem Auftrieb besonders stark beteiligt sind. Die Lohnbewegungen haben die Gewerkschafter fast ausschließlich in Anspruch genommen. Auch die neuen sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen haben dem Gantag eine Menge neuer Arbeit gebracht. Verzerrungen vor den Schlichtungsausschüssen und den Gerichten müssen übernommen werden, weil in der Provinz die geeigneten Kräfte nicht vorhanden sind. Bei 480 der Revision dienenden Zusammenkünften war die Mitwirkung des Gewerkschaftsvereins erforderlich. Demnach mußten 92 stattfinden. Bei Lohnbewegungen und Streiks wurde der Gantag 673mal hinzugezogen.

Die Verhandlungen, welche einen ruhigen und sachlichen Verlauf nahmen, dauerten von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Es kam zum Ausdruck, daß wir es bei der Gewinnung der Mitglieder nicht bewenden lassen dürfen, sondern daß jetzt erst die Erziehungsbereit der neuen Mitglieder beginnen müsse. Die jungen Kollegen fühlten in sich den

Drang, Kämpfer zu werden, aber die gewerkschaftliche Schulung fehle ihnen. Mit dem gewerkschaftlichen ABC müsse begonnen werden, damit nicht falsche Propheten diese Kollegen auf Irrwege führen.

Der Vertreter des Vorstandes, Kollege Schneck, referierte dann über den im Juni stattfindenden Verbandstag, und gab ein Bild von den Arbeiten, welche derselbe zu erledigen habe. Im Hinblick auf die Vertragspolitik betonte der Referent, nur das läge bei den Verhandlungen heraus und liege sich im Vertrag wider, was die Kollegen in den Zahlstellen vorgearbeitet hätten. Es sei auch nicht richtig, daß der Vertrag uns die Hände binde, sondern er lege nur fest, was wir uns erkämpft hätten, damit es uns von spitzfindigen Unternehmern nicht streitig gemacht werden könne. Weiter betonte der Redner, Sonderkonferenzen dürfen wir nicht dulden und unterstützen. Von außenstehenden Personen, die keine Verantwortung den Mitgliedern gegenüber hätten, dürften wir uns nicht betören lassen. Wenn diese Apostel die Arbeiter ins Unglück gestürzt hätten, dann suchten sie das Unheil und ließen die Kollegen im Elend zurück. Klassenkämpfer zu erziehen, habe im Deutschen Holzarbeiter-Verband noch immer an erster Stelle gestanden.

Mit Dankesworten an die Delegierten und die Erinnerung an ihre Pflicht, das Gehörte in der Heimat in die Tat umzusetzen, schloß Kollege Wolkmann den anregend verlaufenen Gantag.

H. S.

Korrespondenzen.

Brandenburg a. d. Havel. In der Mitgliederversammlung im Januar dieses Jahres wurde der Offene Brief der B. A. P. D. besprochen und eine Resolution angenommen, welche in den Forderungen des Offenen Briefes eine geeignete Grundlage erblickt, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Weiter wurde beschlossen, eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, in der über das Thema: „Wisslau oder Anstettend“ von einem Referenten und Korreferenten gesprochen werden soll. Am 16. März fand nun diese Versammlung statt. Von der B. A. P. D. war als Referent Hesselbarth (Berlin) erschienen. Der Gewerkschafter Kollege Siegfried hatte das Korreferat übernommen. Das Ergebnis der Versammlung war die Annahme der folgenden Entschließung: „Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes der Zahlstelle Brandenburg stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften dazu dienen sollen, unsere wirtschaftliche Lage zu heben, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken und die Durchführung des Sozialismus zu fördern. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, ist es eine zwingende Notwendigkeit, die Einigkeit der Arbeiter mit allen Kräften zu fördern und zu erhalten. Die Holzarbeiter Brandenburgs verurteilen auf das entschiedenste alle Versuche, die bewußt oder unbewußt dazu führen, die Einigkeit zu stören und dadurch die Gewerkschaften zu schwächen. Nicht der Austritt aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund und Eintritt in die ohne jede praktische Bedeutung bestehende Dritte Internationale kann die Arbeiterschaft zum Ziele führen, sondern nur in festgelegten Zentralgewerkschaften wird sie den Sieg erringen.“

Aus der Holzindustrie.

In Frankfurt a. d. O. stehen seit dem 28. Februar etwa 600 Holzarbeiter im Streik. Der Kampf geht um die 47stündige Arbeitszeit und um eine Lohnerhöhung. Obwohl Frankfurt der 3. Ortsklasse des Reichstaxi angehört, werden für Facharbeiter noch Stundenlöhne von 4,20 M. gezahlt. Aber trotzdem erklärten die Unternehmer, daß es Zeit wäre, diese hohen Löhne abzubauen. Vom Schlichtungsausschuß wurden uns 7 1/2 Prozent in zwei Raten auf die Tariflöhne durch Schiedspruch zugesprochen. Aber auch diese kleine Zulage lehnten die Unternehmer ab, während wir diesen Schiedspruch annahmen. Als nun die Unternehmer bei der Ablehnung beharrten, nahmen unsere Kollegen die alten Forderungen wieder auf. Da die Unternehmer die Verhandlungen verzögerten, legten unsere Kollegen in 48 Betrieben die Arbeit nieder. In zwei Verhandlungen, unter Vorsitz des Gewerkschaftsrats Dr. Schürmann, lehnten die Unternehmer unsere Forderungen ab und verlangten Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen. Unsere Kollegen lehnten das einmütig ab und führen den ihnen aufgezwungenen Kampf durch. Alle Kollegen im Reich werden gebeten, darauf zu achten, daß keine Arbeiten für Frankfurt a. d. O. angefertigt werden.

In Prenzlau befinden sich die Tischler seit dem 11. März im Streik. Beteiligt sind 14 Betriebe mit 57 Kollegen. Gefordert wurde 25 Prozent Zulage. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab. Der Schlichtungsausschuß bewilligte den Kollegen rückwirkend ab 1. März eine Zulage von 25 Pf. pro Stunde. In der Begründung wurde angeführt, die Löhne der Tischler seien sehr niedrig, teilweise noch niedriger als die der nichtgelernten Arbeiter. Dieser Schiedspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Der Zusatz von Tischlern nach Prenzlau ist fernzuhalten.

In Stendal stehen seit dem 22. Februar die Kollegen im 17. Ständekreis im Streik. Die Arbeitgeber hatten sich geweigert, den Vorschlag des Unparteiischen vom 8. Dezember vorigen Jahres anzuerkennen. Wie wenig Ernst es dem Arbeitgeber-Schlichter mit der Zulage war, lehnen Mitglieder die Annahme dieses Vorschlags zu empfehlen, zeigt sich in diesem Falle recht deutlich. Nicht nur, daß die Arbeitgeber ganz entschieden bestritten, solche Empfehlung erhalten zu haben, macht sich der Sekretär des Schlichterverbandes die gegenüber dem Vorschlag auf die Väter gezielten Vorschläge der Arbeitgeber zu eigen und vertritt sie mit dem Vultus der Überzeugung vor dem Schlichtungsausschuß Stendal. Als dann weiter am 2. März über den Vorschlag für alle Orte im Regierungsbezirk Magdeburg vor dem Schlichtungsausschuß Verhandelt wurde, wurde daselbst das Spiel weitergetrieben, und wurden die Arbeitgeber in Stendal mit oceanisch, den Schiedspruch abzulehnen. Daran hat sich der Schlichterverband allerdings schwer getraut, die Arbeitgeber, die bereits bewilligt hatten, und das sind die maßgebenden, werden mit zu sich herüberziehen; im Gegenzug für Stendal wird er von sich sagen können, daß er dort sein eigener Totengräber gewesen ist. In den nichtbewilligten Betrieben wird der Streik mit aller Schürfe weitergeführt.

